

Direkte Demokratie als Waffe der Rechtspopulisten?

In den letzten Jahrzehnten verzeichneten rechtspopulistische Parteien in vielen europäischen Ländern einen Aufwärtstrend. Bei genauerer Betrachtung fallen jedoch einige nationale Unterschiede auf. In der Schweiz sind Rechtspopulisten beispielsweise deutlich erfolgreicher als in Luxemburg. Warum wohl?

Rechtsruck in Europa

Seit etwa dem Beginn der neunziger Jahre konnten rechtspopulistische Parteien wie der „Front National“ (FN) in Frankreich oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bemerkenswerte Wahlerfolge erzielen. In Norwegen, Dänemark und den Niederlanden waren Rechtspopulisten zeitweise sogar Teil der Regierung. Auch die Schwedendemokraten (SD) und die Alternative für Deutschland (AfD) befinden sich seit Anfang der Flüchtlingskrise im Aufschwung in nationalen Meinungsumfragen. In der Schweiz ist die Schweizerische Volkspartei (SVP) seit 2003 die größte Partei im Nationalrat und gilt seit der Parlamentswahl vom Oktober 2015 als „die erfolgreichste rechtspopulistische Partei Europas“.¹ Rechtspopulisten finden jedoch nicht in allen europäischen Ländern Anklang. Wahlsiege von vergleichbaren Parteien in Ländern wie Irland, Portugal, Spanien und Luxemburg bleiben bislang aus.

Aus politologischer Sicht ist die unterschiedliche elektorale Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in Europa äußerst interessant. Luxemburg und die Schweiz eignen sich besonders gut für Fallstudien, da sie sich in vielen Hinsichten sehr ähneln: Beide sind relativ kleine, wohlhabende Sozialstaaten mit konkordanzdemokratischen² Zügen, offenen Wirtschaftssystemen, historisch hohen Immigrationsraten und geringen Arbeitslosenquoten. Trotz dieser Gemeinsamkeiten blicken beide Länder auf sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Rechtspopulismus und Zuwanderung zurück. Demnach gilt die Einwanderungspolitik des Großherzogtums generell als Erfolgsrezept³, während die Schweiz oft als xenophob⁴ abgestempelt wird.

Populismus: Eine Begriffsannäherung

Um diesem Widerspruch auf den Grund zu gehen, bedarf es zunächst einer genaueren Begriffserläuterung, denn das Wort „Populismus“ ist trotz breiter Anwendung sehr umstritten. Für viele insinuiert das Etikett „populistisch“ eine emotionale, inhaltslose, opportunistische oder gar extreme Politik und erhält dadurch einen negativen Beiklang. So hat sich der Begriff in den letzten Jahren in den Medien zu einer Art Kampfbegriff entwickelt, der dazu dient politische Gegner zu diskreditieren. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich heutzutage kaum ein Politiker selbst als „populistisch“, geschweige denn als „rechtspopulistisch“ bezeichnen würde.

Der Begriff „Populismus“ wird hier nicht im normativen Sinne definiert sondern als Politikstil, der auf einer manichäischen Einteilung der Gesellschaft in „das einfache Volk“ und „die Eliten“ beruht. Da der populistische Stil nicht auf einer tiefgründigen Ideologie basiert, wagt er nur selten einen Alleingang und schließt sich meist einer politischen Strömung an. Demnach lässt sich beispielsweise Links- von Rechtspopulismus unterscheiden. Der vereinfachende Rechts-Links-Dualismus erlaubt jedoch wenig Aufschluss, da Parteien heutzutage oft nicht eindeutig als „rechts“ oder „links“ eingeordnet werden können. Viele der

sogenannten „rechtspopulistischen“ Parteien setzen sich beispielsweise für einen starken Sozialstaat ein – ein Anliegen das generell eher als politisch „links“ angesehen wird.

Dennoch sind Experten sich einig, dass sich Parteien wie der FN und die FPÖ an der rechten Seite des politischen Spektrums einordnen lassen. Grund dafür ist, dass die sogenannten „rechtspopulistischen“ Parteien auf sozialer Ebene konservative und nationalistische Werte vertreten. Hinzu kommt, dass sie oft verschiedene Aspekte der liberalen Demokratie in Frage stellen (wie beispielsweise den Pluralismus) und zu einer Art von sozialer Exklusion tendieren. Euroskeptizismus und Anti-Immigrationsdiskurs dienen generell als Erkennungsmerkmale für rechtspopulistische Parteien. Gleiches gilt für eine bestimmte Rhetorik, die auf einer antagonistischen Beziehung zwischen dem „einfachen Volk“ und den „Eliten“ basiert.

Dieser Definition zufolge lässt sich die Schweizer SVP klar als „rechtspopulistisch“ etikettieren. In Luxemburg hingegen gibt es bislang kaum eine Partei, auf die diese Beschreibung zutrifft.⁵ Die „Alternativ Demokratesch Reformpartei“ (ADR) lässt sich wohl am weitesten „rechts“ im politischen Spektrum der etablierten Parteienlandschaft des Großherzogtums verorten, ist aber weder als europafeindlich, noch als Immigrationsgegner zu bezeichnen. Es lässt sich also darüber streiten, ob die ADR als „rechtspopulistisch“ klassifiziert werden kann. Fakt ist, dass rechtspopulistische Parteien in der Schweiz deutlich mehr Anklang finden als in Luxemburg.

Im Allgemeinen hängt der Erfolg der Parteien von Angebot und Nachfrage auf dem „Wählermarkt“ ab. Die Nachfrage nach rechtspopulistischen Parteien entsteht in der Regel in Zeiten von Wählerunzufriedenheit sowie wachsender Politikverdrossenheit. Wirtschaftliche Rezessionen, Globalisierung, europäische Integration und erhöhte Immigrationsraten können zu Angst oder Verunsicherung führen und als Nährboden für rechtspopulistisches Gedankengut dienen. Zur Angebotsseite gehören sogenannte „Gelegenheitsbedingungen“ wie beispielsweise das Wahlsystem. Auch die finanziellen, organisatorischen und kommunikativen Mittel der Partei spielen hierbei eine Rolle. Natürlich gibt es meist mehrere Erklärungen für den (Miss-)Erfolg rechtspopulistischer Parteien, das heißt, es bestehen mehrere Nachfrage- sowie auch Angebotsfaktoren. Lediglich eine mögliche Ursache für die unterschiedlichen Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien in Luxemburg und in der Schweiz wird im Anschluss genauer beleuchtet: die direkte Demokratie.

Eine Erfolgsgeschichte

In der Schweiz ist die direkte Demokratie tief in der politischen Kultur verwurzelt. Ursprünglich sollte die direkte Volksbefragung den Bürgern mehr Mitspracherecht bei wichtigen politischen Entscheidungen verleihen und somit als Korrektiv der repräsentativen Demokratie dienen. Jedoch haben sich Rolle und Zweck der Volksbefragung in den letzten Jahrzehnten stark verändert: Politische Parteien (insbesondere die SVP) scheinen die Mittel der direkten Demokratie als nützliches Wahlkampfinstrument „wiederentdeckt“ zu haben.

Seit den achtziger Jahren werden Schweizer Bürger immer häufiger aufgefordert zur Urne zu schreiten: Zwischen 1951 und 1981 kam es zu 38 Volksinitiativen, wovon alle verworfen wurden. Zwischen 1981 und Februar 2016 waren es 128, wovon 15 angenommen wurden.⁶ Im Durchschnitt werden die Schweizer ungefähr viermal pro Jahr direkt befragt. Die Beteiligung bei Volksbefragungen liegt jedoch generell unter der Fünfzig-Prozent-Marke. Auffällig ist, dass die SVP seit den neunziger Jahren mehrere kontroverse Volksinitiativen

lanciert (und gewonnen) hat. Dazu zählen beispielsweise die Initiative gegen den Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum im Jahr 1992, die Initiative gegen den Neubau von Minaretten auf Moscheen 2009 oder auch die Initiative gegen Masseneinwanderung 2014. Interessanterweise stimmt die Häufung der Volksbefragungen mit dem Aufstieg der SVP zeitlich überein.

Schweizer Politikexperten warnen schon länger vor den Gefahren der direkten Demokratie, falls diese in die Hände rechtspopulistischer Parteien gerät. Dem Historiker Damir Skenderovic zufolge betreibt die SVP eine Art von Dauerwahlkampf mithilfe der direkten Demokratie. Er geht davon aus, dass die Partei Volksinitiativen strategisch einsetzt, um damit den politischen und öffentlichen Diskurs zu beeinflussen: „Selbstverständlich sind wir alle Anhänger der direkten Demokratie. [...] Aber ich glaube, dass sie heute nicht zu mehr Integration, sondern zu mehr Ausgrenzung führt. Es wird zunehmend über Menschen entschieden, die aufgrund fehlender politischer Rechte nichts zu sagen haben“⁷. Die direkte Demokratie scheint also eine wichtige „Gelegenheitsbedingung“ für rechtspopulistische Parteien zu bieten, da sie eine polarisierende Wirkung auf die Gesellschaft hat und dadurch dazu beitragen kann, xenophobe Tendenzen in den Vordergrund zu rücken.

Immun gegen Rechtspopulismus?

In Luxemburg hingegen gehört die direkte Befragung der Bürger noch nicht zum politischen Habitus. Das Referendum vom Juni 2015 war erst das Fünfte in der Geschichte des Großherzogtums und wurde von den drei Regierungsparteien in die Wege geleitet, um unter anderem das Wahlrecht zu liberalisieren. Dies deutet darauf hin, dass die direkte Demokratie in Luxemburg, im Gegensatz zur Schweiz, als Mittel der politischen Inklusion dienen sollte.

Die Diskussion um das Ausländerwahlrecht fiel jedoch ziemlich einseitig aus: Im Vorfeld des Referendums war es die ADR, die sich am deutlichsten gegen die Liberalisierung des Wahlrechts aussprach. Tatsächlich war sie die einzige etablierte Partei auf deren Kampagne-Plakat ein klares „Nein“ zu sehen war.⁸ Die Mehrzahl der Parteien, die vier größten Jugendparteien, die beiden Gewerkschaften OGBL und LCGB, sowie die Redaktionen der etablierten Zeitungen „Tageblatt“ und „Wort“ sprachen sich (mehr oder weniger explizit) für das Ausländerwahlrecht aus. Da ein Großteil der „Eliten“ der Regierungsinitiative zustimmte, zogen sich Nein-Sager zunehmend auf virtuelle Plattformen und soziale Netzwerken zurück. Die „Nee2015.lu“-Seite von Fred Keup und Steve Kodesch fand innerhalb kurzer Zeit tausende Unterstützer und übernahm somit gewissermaßen die Rolle der Opposition.

Das klare „Nein“ der Luxemburger Wähler gegen das Ausländerwahlrecht macht eine Kluft zwischen der Bevölkerung und ihren Vertretern offensichtlich. Da Immigration und Xenophobie in Luxemburg oft als „Tabuthemen“ gehandhabt werden, scheint die Diskussion immer häufiger in sozialen Netzwerken stattzufinden.⁹ Unter dem Deckmantel vermeintlicher Anonymität bietet das Internet dementsprechend eine ideale Plattform, extremere Haltungen zu heiklen Themen auszutauschen. Aus dieser Perspektive betrachtet ist Luxemburg wohl keineswegs „weltoffener“ als die Schweizer und demnach auch nicht „immun“ gegen rechtspopulistische Strömungen.

Korrektiv oder Gefahr für die Demokratie?

In der Schweiz gibt es, dank der direkten Demokratie, eine ausgeprägte, offene Diskussionskultur, in der kontroverse politische Themen in einem breiten öffentlichen

Rahmen diskutiert werden können. Allerdings ist die direkte Demokratie zunehmend zur Waffe der Rechtspopulisten geworden, und dient immer häufiger als Mittel zur Ausgrenzung. In Luxemburg hingegen scheint der politische Diskurs generell viel gemäßigter auszufallen, denn die Konsenskultur lässt rechtspopulistischen Ansichten kaum Raum. Jedoch scheinen Diskussionen über heikle Themen wie Immigration und Integration durch den Mangel einer öffentlichen Debatte immer öfters „versteckt“ auf Internetforen ausgetragen zu werden. Vielleicht können beide Länder in dieser Hinsicht ja noch etwas voneinander lernen.

¹ von Rohr, Matthieu, „SVP-Sieg in der Schweiz: Die erfolgreichsten Rechtspopulisten Europas“, Spiegel Online, 19. Oktober 2015, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wahl-in-der-schweiz-was-der-sieg-der-svp-bedeutet-a-1058405.html>

² In einer Konkordanzdemokratie (auch: Proporz- oder Konsensdemokratie) werden möglichst viele Akteure (z.B. Parteien, Institutionen und Sozialpartner) in den politischen Prozess eingebunden. Streitfragen werden generell durch Verhandlungen und Kompromisse geschlichtet während in einer Konkurrenzdemokratie das Mehrheitsrecht angewendet wird.

³ Fetzer, Joel, *Luxembourg as an Immigration Success Story: The Grand Duchy in Pan-European Perspective*, Maryland, Lexington Books, 2011.

⁴ Valley, Paul, „Switzerland: Europe’s heart of darkness?“, *Belfast Telegraph*, 7. September 2007, <http://www.belfasttelegraph.co.uk/news/world-news/switzerland-europes-heart-of-darkness-28062699.html>

⁵ Mit der im April letzten Jahres gegründeten „Sozial Demokratesch Vollekspartei“ (SDV) könnte sich dies jedoch ändern.

⁶ Bundesamt für Statistik, „Abstimmungsvorlagen“, 1. März 2016, http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/eidg__volksinitiativen.html

⁷ Skenderovic, Damir, im Interview mit Carlos Hanimann, „Die direkte Demokratie führt heute zu mehr Ausgrenzung“, *Die Wochenzeitung*, 14. Mai 2015, <https://www.woz.ch/-5e49>

⁸ Obwohl die CSV („Chrëschtlech Sozial Vollekspartei“) letztlich auch gegen das Ausländerwahlrecht plädierte, war die Partei weitaus vorsichtiger bei ihrer Wortwahl.

⁹ Siehe u.a.: Weber, Maxime, „Die rechte Szene Luxemburgs und Verschwörungstheorien“, *Forum* Nr. 353, Juli-August 2015. Einen ähnlichen Trend gibt es trotz Instrumenten der direkten Demokratie auch in der Schweiz. Direkte Demokratie wirkt also nicht als „Gegengift“, trägt aber dazu bei, Diskussionen öffentlich und „offline“ zu führen.